

NIEDERSCHRIFT

über die 2. Sitzung des Kreisausschusses des Donnersbergkreises in der 10. Wahlperiode 2014/2019

in Kirchheimbolanden, kleiner Sitzungssaal
am Dienstag, den 16. Dezember 2014, 15.00 Uhr

III. Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Brandschutzsanierung des Kreishauses der Kreisverwaltung Donnersbergkreis
-Auftragsvergabe Elektrotechnik-
2. Neubau der Mensa an der IGS Eisenberg, Martin-Luther-Str. 12
Vergabe der Ausbaugewerke (Fliesen und Fenster)
3. ÖPNV Donnersbergkreis
Modellprojekt „Dynamische Fahrgast - und Echtzeitinformation“
4. Projekt für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen in Zusammenhang mit der
Gemeinnützigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH
5. Umsetzung des Landesgesetzes zur Änderung kommunal- und dienstrechtlicher
Vorschriften zur Entgegennahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen
Zuwendungen durch kommunale Wahlbeamte

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Brandschutzsanierung des Kreishauses der Kreisverwal-
tung Donnersbergkreis
Auftragsvergabe Elektrotechnik

I. Sachverhalt

Landrat Werner übergibt das Wort an Dezernatsreferenten Albert Graf, der wie folgt ausführt: Es müssen zahlreiche Maßnahmen im Haus durchgeführt werden. Zum einen muss die Brandmelde- und Alarmierungsanlage erneuert werden. Hierzu sind sämtliche Decken im Haus zu öffnen und die alten, nicht benötigten Kabel, die in den letzten 30 Jahren verlegt wurden und als Brandlasten gelten, zu entfernen. In dem Zuge sollen alle Büros mit neuer EDV-Verkabelung versorgt werden, um so den heutigen Standards zu entsprechen. Die Stromversorgung in den einzelnen Büros soll ebenfalls erneuert werden.

Zum anderen wird der Eingangsbereich neu gestaltet, mit dem Ziel ein kundenfreundlicheres Ambiente zu schaffen. Hierbei soll die jetzige Eingangstür einer Drehtür weichen, um so auch für die Mitarbeiter/innen an der Information die Entstehung der Zugluft zu minimieren. Der derzeitige Fahrstuhl bereitet zunehmend Ärger, sodass dieser ebenfalls erneuert werden soll. Die Sanierung der Betonstützen in der Tiefgarage sei außerdem mit veranschlagt.

Die gesamte Maßnahme soll im März 2015 beginnend in 8 Abschnitten verlaufen. Die Arbeiten finden immer stockwerksweise statt und hier hauptsächlich in den Fluren. Wenn die Neuverkabelung der einzelnen Büros stattfindet, so werden auf einmal 4-5 Büros geräumt werden müssen. Die Mitarbeiter ziehen für ca. 1-2 Wochen in Ersatzbüros, die mit Möbeln und EDV ausgestattet sind. Nach Abschluss der Arbeiten kehren die Mitarbeiter/innen in ihre Büros zurück und die nächsten 4-5 Räumlichkeiten kommen an die Reihe. Nach der derzeitigen Planung soll die Maßnahme im Mai 2016 abgeschlossen sein.

„Zur brandschutztechnischen Sanierung des Kreishauses wurde ein I-Stockantrag über das Ministerium des Inneren, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz eingereicht.

Beantragt wurden Mittel in Höhe von rd. 907.100,00 €. Nach Prüfung des Antrages wurden Kosten in Höhe von rd. 901.000,00 € anerkannt. Hiervon erhält der Kreis eine Förderung in Höhe von 542.000,00 €, welche 60 % der anerkannten förderfähigen Kosten entspricht.

In einem ersten Block wurden nun die elektrotechnischen Arbeiten durch das Planungsbüro Schwarz öffentlich ausgeschrieben.

Zur Ausführung kommen hier Arbeiten im Bereich der Sicherheitsbeleuchtung, der EDV-Steckdoseninstallation, des Netzes für EDV und Telekommunikation, der Demontage Kabelanlagen und der Brandmeldeanlage mit Alarmierungsfunktion.

Gewerke:

1. Elektrotechnik, Starkstromanlage

Im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung haben drei Firmen das Angebot angefordert:

Firma Pitz, Winnweiler

Firma Knies, Worms,

Firma Nuhn, Worms

Zum Eröffnungstermin am 03.11.2014 lag nur ein Angebot vor.

Nach Prüfung und Wertung des Angebotes lag nachfolgender Sachverhalt vor:

1. Firma Pitz, Winnweiler 127.872,00 €

Das Angebot wurde durch das Planungsbüro Schwarz rechnerisch und fachtechnisch geprüft. Auf Grund fehlender Wettbewerbspreise erfolgte zudem eine Beurteilung des Angebotspreises zum Kostenvoranschlag sowie den marktüblichen Preisen in vergleichbaren Bauvorhaben.

Die Schätzung des Büros lag bei 139.212,00 €, wobei hier anteilig Kosten der Kabeltrassen zur EDV-Verkabelung beinhaltet waren, sowie Kostenverschiebungen in den Kostengruppen 440 und 450 berücksichtigt wurden.

Die Preise der Firma Pitz sind marktüblich und angemessen.

Das Planungsbüro Schwarz empfiehlt den Auftrag an die Firma Pitz aus Winnweiler zu beauftragen. Dem Planungsbüro ist die Firma Pitz aus vorangegangenen Baumaßnahmen als

fachkundige, leistungsfähige Firma bekannt.

2. Elektrotechnik, Brandmelder

Im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung haben fünf Firmen das Angebot angefordert:

Firma Pitz, Winnweiler

Firma Pfalz-Alarm, Kaiserslautern

Firma Secal Amend, Wiesbaden

Firma NTA Systemhaus, Mainz

Firma Elektro Knies, Worms

Zum Eröffnungstermin am 03.11.2014 lagen zwei Angebote vor.

Nach Prüfung und Wertung des Angebotes lag nachfolgender Sachverhalt vor:

1. Firma NTA Systemhaus, Mainz 111.603,26 €

2. Firma Pfalz-Alarm GmbH, 161.286,66 €

Die Angebote wurden durch das Planungsbüro Schwarz rechnerisch und fachtechnisch geprüft.
Die Schätzung des Büros lag bei 125.800,00 €.

Das Planungsbüro Schwarz empfiehlt den Auftrag an die Firma NTA Systemhaus zu beauftragen. Dem Planungsbüro ist die Firma NTA Systemhaus aus vorangegangenen Baumaßnahmen als fachkundige, leistungsfähige Firma bekannt.

3. Elektrotechnik, Übertragungsnetze

Im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung haben drei Firmen das Angebot angefordert:

Firma Pitz, Winnweiler

Firma Knies, Worms,

Firma Nuhn, Worms

Zum Eröffnungstermin am 03.11.2014 lag nur ein Angebot vor.

Nach Prüfung und Wertung des Angebotes lag nachfolgender Sachverhalt vor:

1. Firma Pitz, Winnweiler 163.790,30 €

Das Angebot wurde durch das Planungsbüro Schwarz rechnerisch und fachtechnisch geprüft.
Auf Grund fehlender Wettbewerbspreise erfolgte zudem eine Beurteilung des Angebotspreises zum Kostenvoranschlag sowie den marktüblichen Preisen in vergleichbaren Bauvorhaben.

Die Schätzung des Büros lag bei 129.288,50 €, wobei hier anteilig Kosten der Kabeltrassen zur EDV-Verkabelung nicht beinhaltet waren, sowie Kostenverschiebungen zu berücksichtigen waren. Weiterhin fehlen in der Kostenschätzung die Kosten für die Materialentsorgung. Das Planungsbüro Schwarz empfiehlt den Auftrag an die Firma Pitz aus Winnweiler zu beauftragen.

4. Elektrotechnik, Brandschutzmaßnahmen

Das Gewerk wurde ebenfalls öffentlich ausgeschrieben und von zwei Firmen angefordert. Zum Eröffnungstermin am 03.11.2014 lag kein Angebot vor.

Zwischenzeitlich hat das Planungsbüro Schwarz eine beschränkte Ausschreibung erarbeitet und an 10 mögliche Fachfirmen im Bereich Brandschutzverkabelung, Brandschotts versendet. Die Submission fand am 24.11.2014 statt, es lagen insgesamt 3 Angebote vor.

Die Bauabteilung bittet um Ermächtigung, den Auftrag bis zu den geschätzten Kosten des Planungsbüros Schwarz in Höhe von 17.200,00 € an den günstigsten Bieter zu beauftragen. Die Kostenschätzung des PB Schwarz lagen für die gesamten Gewerke Elektrotechnik auf insgesamt 429.520,50 €, das vorläufige Ergebnis der Ausschreibung beläuft sich auf 420.485,56 €.“

II. Beschluss:

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises beschließt zur Sanierung des Kreishauses in Kirchheimbolanden die nachfolgend aufgeführten Leistungen an den jeweils günstigsten Bieter zu erteilen.

Gewerk	Firma	Ort	€
Elektrotechnik, Starkstromanlage	Firma Pitz Elektrotechnik	Winnweiler	127.872,00 €
Elektrotechnik, Brandmeldeanlage	Firma NTA Systemhaus	Mainz	111.603,26 €
Elektrotechnik, Übertragungsnetze	Firma Pitz Elektrotechnik	Winnweiler	163.790,30 €
Elektrotechnik, Brandschutzmaßnahmen			Geschätzte Summe 17.200,00 €
Gesamtsumme			420.465,56 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Neubau der Mensa an der Integrierten Gesamtschule Eisenberg, Martin Luther Straße 12, Vergabe der Ausbaugewerke

I. Sachverhalt

Dezernatsreferent Albert Graf: „Zur abschließenden Einrichtung der Integrierten Gesamtschule Eisenberg am Standort Martin Luther Straße ist der Anbau einer Mensa als eingeschossiges Gebäude mit Satteldach, sowie der Einbau einer Cateringküche in den ehemaligen Werkraum geplant.

Die Mensa verfügt dann über rd. 100 Sitzplätze, welche eine reibungslose Essenversorgung in zwei Schichten ermöglichen. Ergänzt werden die Änderungsarbeiten durch den Einbau einer Behindertentoilette, den Neubau eines Aufzuges sowie eines Windfangs.

Die Maßnahmen sind mit der Schulleitung sowie den Schulleiternbeirat abgestimmt.

Alle Arbeiten waren im Förderantrag enthalten und werden mit 60 % der anerkannten förderfähigen Kosten bezuschusst.

Zur Umsetzung der Innenausbaugewerke wurden vom Planungsbüro Jurna die Ausschreibungsunterlagen zusammengestellt und die Arbeiten im September öffentlich ausgeschrieben. Die Submission der Gewerke fand am 14.10.2014 statt.

Gewerk

Fliesenarbeiten

Insgesamt haben fünf Firmen die Ausschreibungsunterlagen angefordert.

Zum Submissionstermin lagen zwei Angebote vor.

Die Angebote konnten nicht gewertet werden. Die Firma Geib aus Rockenhausen könnte die Ausführungsfristen nicht einhalten. Das Angebot der Firma Steingass war unwirtschaftlich. Die öffentliche Ausschreibung wurde aufgehoben.

Durch den Architekten wurde eine beschränkte Ausschreibung erarbeitet und nach telefonischer Abfrage an alle interessierten Anbieter versendet.

Zum Abgabetermin der beschränkten Ausschreibung lagen drei Angebote vor.

Die Firmen Fliesen Peters, Lohnsfeld – OK Fliesen GmbH, Rockenhausen sowie die Fa. Systembau, Grünstadt haben kein Angebot abgegeben.

Nach Prüfung und Wertung der Angebote ergibt sich nachfolgender Sachverhalt:

1. Firma Steingass GmbH, Kirchheimbolanden	50.330,75 €
2. Firma Geib, Rockenhausen	54.414,23 €
3. Firma Blum, Ramsen	59.758,08 €

Das Angebot der Firma Steingass, ist nach Prüfung aller Gesichtspunkte das auskömmlichste und wirtschaftlichste der zu wertenden Angebote. Die Firma Steingass ist der Kreisverwaltung bzw. dem Architekten bekannt.

Die Bauabteilung und der Architekt empfehlen den Auftrag an die Firma Steingass zu erteilen.

Kostenkontrolle

Die in dem Kostenanschlag vom 23.10.2013 geschätzten Kosten für die Fliesenarbeiten belaufen sich auf 44.025,80 € damit wäre hier eine Kostenmehrung in Höhe von 6.304,95 € (14 %) zu verzeichnen welche Konjunktur bedingt vertretbar ist, ebenso sind zur Zeit die Auftragsbücher auch für die kommenden 2 Monate ausreichend gefüllt.“

II. Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt als weiteres Ausbaugewerk den Auftrag zur Ausführung der Fliesenarbeiten an die Firma Steingass aus Kirchheimbolanden zu erteilen.

Gewerk	Firma	Ort	€
Fliesenarbeiten	Steingass GmbH	Kirchheimbolanden	50.330,75 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Dezernatsreferent Albert Graf: „Zur abschließenden Einrichtung der Integrierten Gesamtschule Eisenberg am Standort Martin Luther Straße ist der Anbau einer Mensa als eingeschossiges Gebäude mit Satteldach, sowie der Einbau einer Cateringküche in den ehemaligen Werkraum geplant.

Die Mensa verfügt dann über rd. 100 Sitzplätze, welche eine reibungslose Essensversorgung in zwei Schichten ermöglichen. Ergänzt werden die Änderungsarbeiten durch den Einbau einer Behindertentoilette, den Neubau eines Aufzuges sowie eines Windfangs.

Die Maßnahmen sind mit der Schulleitung sowie den Schulelternbeirat abgestimmt.

Alle Arbeiten waren im Förderantrag enthalten und werden mit 60 % der anerkannten förderfähigen Kosten bezuschusst.

Zur Umsetzung der Innenausbaugewerke wurden vom Planungsbüro Jurna die Ausschreibungsunterlagen zusammengestellt und die Arbeiten im September öffentlich ausgeschrieben.

Die Submission der Gewerke fand am 14.10.2014 statt.

Gewerk

Fensterbauarbeiten / Verglasungsarbeiten:

Die Ausschreibungsunterlagen zum Einbau der Fenster wurden im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung von drei Firmen angefordert, zum Abgabetermin ging kein Angebot ein.

Daraufhin wurde durch das Planungsbüro Jurna eine beschränkte Ausschreibung erarbeitet und nach vorheriger telefonischer Nachfrage an vier kreisansässige Firmen versandt.

Zum Eröffnungstermin am 12.11.2014 lag nur ein Angebot der Firma Dick vor.

Die Firmen Buhrmann, Winnweiler – Wassner, Winnweiler – Skiendziel, Stetten haben keine Angebot abgegeben.

Das Angebot der Firma Dick endete 113.783,64 €, da die Kostenschätzung für das Gewerk Verglasungsarbeiten einen Ansatz von rd. 76.000,00 € aufwies wurden nun Einsparungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Brandschutzdienststelle geprüft.

Die Änderungen wurden mit der Schulleitung abgestimmt, durch die Verlegung der Notausgänge können zwei Außentüren entfallen, hierdurch waren Einsparungen möglich.

Das aktuelle Angebot der Firma Dick endet nun mit eine Auftragssumme in Höhe von 81.103,26 €

Das Angebot der Firma Dick, ist nach Prüfung aller Gesichtspunkte auskömmlich und wirtschaftlich. Die Firma Dick ist der Kreisverwaltung bzw. dem Architekten durch verschiedene Baumaßnahmen (Fenster an der Realschule + Rockenhausen) als leistungsfähige und zuverlässige Firma bekannt.

Die Bauabteilung und der Architekt empfehlen den Auftrag an die Firma Dick zu erteilen.“

II. Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt als weiteres Ausbaugewerk den Auftrag zur Ausführung der Fensterbauarbeiten an die Firma Dick aus Theisbergstegen / Rockenhausen zu erteilen.

Gewerk	Firma	Ort	€
Fensterbauarbeiten	Fenster&Türen Dick	Theisbergstegen	81.103,26 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: ÖPNV - Modellprojekt „Dynamische Fahrgast- und Echtzeitinformation“

I. Sachverhalt

Landrat Werner bittet Büroleiter Hartwig Wolf um Sachverhaltsdarstellung:

„Zur Verbesserung der Fahrgastinformation im ländlichen Raum hat die Telekom ein Modell mit sogenannten TeleStationen entwickelt. Dies bietet einen modernen, innovativen Fahrgastinformationsservice. Diese TeleStationen oder Stelen bieten die Anzeige von Echtzeit-Daten aus dem System des VRN, einen Abfahrtsmonitor mit Darstellung der Fahrpläne, eine barrierefreie Ansagefunktion für ÖPNV – Informationen über eine Direktwahltaste, ein Aufkleber mit Blindenschrift weist auf die Ansagefunktion hin sowie eine Notruftaste. Ergänzt wird das Angebot mit mehreren Informationsseiten, um z. B. auf Veranstaltungen und Sehenswürdigkeiten in der Gemeinde oder Stadt hinzuweisen. Ebenso steht im Umfeld von rd. 100 m ein HotSpot zur Verfügung.

Daher möchte das Land Rheinland-Pfalz dieses System als Modellprojekt u.a. im Donnersbergkreis an ausgewählten Standorten entlang der Regiobus-Linie Kirchheimbolanden – Göllheim – Eisenberg fördern. Ausgewählt wurden folgende Haltestellen: Eisenberg Bahnhof und Marktplatz, Göllheim Rathaus, Kirchheimbolanden Bahnhof und Schlossgarten. Das Projekt und die Standorte wurden mit den Orts- und Stadtbürgermeistern der beteiligten Kommunen abgestimmt.

Vorgesehen ist eine Erprobung dieses Systems für die Dauer von vier Jahren. Das Land fördert die Investitionskosten inkl. MwSt. mit 60 %. Die Telekom montiert die Stelen vor Ort, wobei auch die Anbindung an die Stromversorgung und die Datenschnittstelle dazugehört.

Die Kosten für sechs Geräte im Donnersbergkreis belaufen sich 82.689,43 €, davon übernimmt das Land 49.613,65 €. Somit verbleibt für den Donnersbergkreis ein Anteil von 33.075,78 €. Da auch die Omnibusverkehr Rhein-Nahe GmbH (ORN) Interesse an der Erprobung eines solchen Systems hat, erfolgt hier eine gemeinsame Finanzierung. Die verbleibenden Kosten, die im Jahr 2015 anfallen, können über den laufenden ÖPNV – Betrieb (DVG) abgewickelt werden.

Für den laufenden Betrieb fallen jährliche Kosten von 714 €/Gerät an, die von den beteiligten Kommunen getragen werden. Die Telekom wird einen entsprechenden Vertrag mit der Ortsgemeinde Göllheim, der Stadt Eisenberg und der Stadt Kirchheimbolanden abschließen. Darin sind die Kosten für Service, Reinigung, Wartung, Vandalismusschäden und Strom enthalten.

Dieses Informationssystem bietet den Fahrgästen eine gezielte und schnelle Fahrgastinformation und trägt somit zur weiteren Verbesserung unseres ÖPNV – Angebotes entlang der Regiobus-Linie bei.“

Michael Cullmann (SPD) begrüßt generell jede Maßnahme, die mit der Verbesserung des ÖPNV einher geht. Er bittet jedoch zu überlegen, ob es nicht möglich wäre, auch den restlichen Teil des Kreises mit Fahrgastinformationssystemen auszustatten. Des Weiteren möchte er wissen, ob von der Säule aus eine Meldung ans Internet erfolgt, wenn bspw. der Bus nicht fährt, sodass man bereits von zu Hause aus diese Information abrufen kann.

Büroleiter Hartwig Wolf informiert, eine automatisierte Meldung ans Internet sei durch dieses System nicht vorgesehen und seines Wissens nach auch nicht möglich. Viel mehr muss es mit dem Verkehrsverbund und der Technik abgestimmt werden, wie schnell solche Informationen internetfähig gemacht werden können.

Zu der Ausweitung des Systems auch auf den restlichen Kreis merkt Hartwig Wolf an, dass dies durchaus zu prüfen sei, denn Echtzeit in Rheinland-Pfalz soll vorangetrieben werden, sodass es sich sicherlich umsetzen ließe. Allerdings dieses Projekt zu erweitern - nach bereits erfolgter

Abstimmung mit dem Land - sei schwierig.

Landrat Werner fügt an, die Verwaltung nimmt den Vorschlag von Michael Cullmann auf Ausweitung des Systems auf und versucht dies auf den Weg zu bringen.

Gunther Rhein (CDU) interessiert sich für die Kosten, die letztendlich beim Kreis verbleiben.

Büroleiter Hartwig Wolf klärt auf, man habe sich darauf verständigt, dass jeder 50% der Kosten übernimmt, sodass beim Kreis ein Betrag von rd. 16.500 € in die Jahresrechnung des ÖPNV einfließen wird.

Klaus Hartmüller (CDU) begrüßt diesen Fortschritt. Für Kirchheimbolanden waren Standorte – am Bahnhaltepunkt am Schlossgarten und in der Bahnhofstraße vorgesehen. Er bittet zu prüfen, ob auch die Bushaltestelle Kreisverwaltung einbezogen werden kann.

Büroleiter Hartwig Wolf sagte eine entsprechende Prüfung in Abstimmung mit dem Land und der Telekom zu.

Rita Beck (B90/Grüne) informiert, die Telestation habe noch weitere Möglichkeiten, wie z.B. Bezahlung des Briefportos oder das Telefonieren mit Münze oder Karte. Sie möchte wissen, ob dies vorgesehen ist.

Büroleiter Hartwig Wolf erläutert, die Telekom habe ein breit gefächertes Angebot auf diesem Gebiet, das sie auch für entsprechendes Entgelt gerne zur Verfügung stellt. Allerdings wurde mit dem Land diese Ausstattung abgestimmt und auf den Weg gebracht.

Rita Beck (B90/Grüne) fragt an, ob an der Säule auch Informationen über barrierefreie Zustiegmöglichkeiten abgerufen werden können und ob das Angebot des Ruftaxis mit berücksichtigt wurde.

Büroleiter Hartwig Wolf klärt auf, es können alle Informationen eingestellt werden, die der Verkehrsverbund in seine Fahrgastauskunft aufgenommen hat. Auch die Fahrpläne der Linientaxis sind dort hinterlegt.

II. Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Beteiligung an dem Modellprojekt zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Projekt für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen in Zusammenhang mit der Gemeinnützigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH

I. Sachverhalt

Landrat Werner: „Die gemeinnützige Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH Donnersbergkreis hat vor 10 Jahren mit ihrer Arbeit begonnen. Ziel war und ist es langzeitarbeitslose Menschen zu beschäftigen und zu qualifizieren. Die Beschäftigung erfolgte insbesondere durch die sogenannten Arbeitsgelegenheiten. Daneben wurden auch immer wieder verschiedene zeitliche befristete Projekte zur Beschäftigung (durch sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse) und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter (früher ARGE) durchgeführt. Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen war eine solche projektbezogene Arbeit in den letzten Jahren nicht mehr möglich.“

Für das Jahr 2015 wurde überlegt, inwieweit die Förderung von langzeitarbeitslosen Menschen durch die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen möglich ist. Dabei ist die Projektidee „Aktiv-Passiv-Leistungstausch“ entstanden. Mit dem Jobcenter wurde verhandelt, dass die Langzeitarbeitslosen, ausgehend von 10 Plätzen, für die Dauer von einem Jahr sozialversicherungspflichtig bei der Gemeinnützigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft beschäftigt werden. Eine Verlängerung um max. ein weiteres Jahr ist denkbar. Das Jobcenter würde dieses Projekt mit einem Lohnkostenzuschuss von 75 % fördern.

Bei der Auswahl des möglichen Personenkreises dafür sollen sich nicht nur Leistungseinsparungen beim Jobcenter ergeben, sondern auch der Einsparungseffekt für den Landkreis bei den Kosten der Unterkunft. Somit könnte der Kreis ein solches Projekt mit einem Kostenanteil von 30.000 € fördern.

Ein solches Projekt zielt darauf ab, den Langzeitarbeitslosen durch Arbeitsanleitung und Betreuung zusätzliche fachpraktische und soziale Kompetenzen zu vermitteln. Denn viele verfügen über mehrere Defizite und Vermittlungshemmnisse. Ebenso sind sie aktiv bei Bewerbungen auf den ersten Arbeitsmarkt zu begleiten. Ein Ziel dabei ist die Stabilisierung der Persönlichkeit und der Abbau oder die „Umkehr“ von Defiziten.

Die Aufgabenfelder für diesen Personenkreis, die keine Facharbeiter/Fachkräfte sind, wären wie bisher gemeinnützige oder niederschwellige Tätigkeiten und einfache Unterhaltungsarbeiten.

Schwerpunkte dabei wären die Bereiche Tourismus, Zellertalbahn, Hilfestellungen für Vereine, Kirchen, öffentlichen Einrichtungen des Landkreises, der Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden, wie z. B. Schulen oder Kindertagesstätten. Beispielhaft für den touristischen

Bereich ist zu nennen: Pflege und Unterhaltung von Wanderwegen wie Pfälzer Höhenweg, keltischer Donnersberg, Keltendorf und Keltengarten, Reparatur von Bänken und Tischen an Wanderwegen, Pflegearbeiten an Naturschutzdenkmälern oder an Burgruinen.“

Nach der Erläuterung des Sachverhaltes übergibt Landrat Werner die Sitzungsleitung an den 1. Beigeordneten Michael Ruther.

Gerd Fuhrmann (SPD) begrüßt die Maßnahme. Durch diese können langzeitarbeitslose Menschen eine sinnvolle Aufgabe erhalten und so bis zu zwei Jahre das Arbeitsverhältnis aufrecht erhalten. Es sei ein Projekt, das auf jeden Fall durchzuführen ist.

Rudolf Jacob (CDU) spricht sich für die Unterstützung dieses Projektes aus. Für ihn sei es wichtig, dass diese zusätzlichen Kapazitäten vom Kreis auch dafür genutzt werden, um an kreiseigenen Einrichtungen einen gewissen Unterhaltungsstau im Außenbereich abuarbeiten. Hier verweist er auf den Sportplatz am Gymnasium in Winnweiler. Dort wäre es dringend notwendig entsprechende Arbeiten durchführen zu lassen.

Michael Ruther möchte von Hartwig Wolf wissen, ob es vorgesehen ist, den angesprochenen Unterhaltungsstau im Außenbereich durch diese Maßnahme abuarbeiten.

Wenn es sich um einfache Tätigkeiten handelt, die mit vorhandenen Gerätschaften auszuführen sind, sei dies durchaus möglich, so Hartwig Wolf.

Adolf Kauth (FWG) findet das Projekt ebenfalls sehr sinnvoll. Für die Zukunft betrachtet kann der Kreis nur davon profitieren. Hierdurch erhalten Menschen die Möglichkeit einen langfristigen Arbeitsplatz zu erhalten, um so auch volkswirtschaftlich gesehen, einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten.

Für Jürgen Linn (AfD) ist es wichtig, hierbei nicht nur die notwendigen Arbeiten zu verrichten, sondern die Menschen so auszusuchen und zu qualifizieren, dass sie nach 1 oder 2 Jahren für den 1. Arbeitsmarkt geeignet sind.

Friedrich Strack (FWG) möchte wissen, ob die Personen innerhalb einer Gruppe eingesetzt werden, ähnlich wie bei den Öko-Trupps oder auch einzeln verschiedene Tätigkeiten verrichten können. Des Weiteren fragt er an, ob auch Bauhöfe der Verbandsgemeinden als Einsatzorte möglich wären.

Hartwig Wolf informiert, dieses Konzept ist so ausgelegt, um bei der Beschäftigungsgesellschaft die Arbeit zu verrichten und nicht an Dritte weiter zu geben. Nach erfolgter Auswahl der Personen muss festgestellt werden, welche Kenntnisse und Fähigkeiten die Arbeitnehmer in den entsprechenden Bereichen haben und was sie leisten können. Frauen sollen in der Maßnahme

ebenfalls berücksichtigt werden, sodass evtl. auch einfache Bürotätigkeiten als Aufgabengebiet in Frage kommen können. Es ist vorgesehen die Personen in Kleingruppen einzusetzen, wobei jeder von ihnen ein selbständiger Arbeitnehmer mit einem Arbeitsvertrag ist, sodass sie auch eigenständig und eigenverantwortlich eingesetzt werden können, wenn auch erst nach einer gewissen Zeit.

Bei diesem Personenkreis geht es überwiegend in erster Linie um die Förderung eines strukturierten Alltages. Denn es handelt sich hierbei um langzeitarbeitslose Menschen, die auf dem 1. Arbeitsmarkt derzeit keinen Job finden. Diese Maßnahme soll u.a. helfen, den Menschen auch eine Wertschätzung zu vermitteln, dass sie genauso ein Teil dieser Gesellschaft sind. Hartwig Wolf betont, der größte Teil der Teilnehmer bei der Beschäftigungsgesellschaft hat keinen Schulabschluss und keine Ausbildung. Innerhalb der geplanten Maßnahmen geht es ebenfalls genau um den selben Personenkreis. Diese Tatsache bedarf durchaus einer gewissen Anleitung und setzt auch Grenzen in den Tätigkeiten, die hierdurch überhaupt leistbar sein werden.

Rudolf Jacob (CDU) ist der Meinung mit den Arbeiten sollte man auf einem Niveau bleiben, auf dem keine Konkurrenz zu bestehenden Betrieben entstehen kann. Der festgelegte Level bei der Beschäftigungsgesellschaft funktioniert seit Jahren sehr gut und sollte daher nicht überschritten werden.

Dr. Jamill Sabbagh (3. Kreisbeigeordneter) merkt an, hier geht es um Menschen, die zumindest geglaubt haben, aus Mitte der Gesellschaft ausgestiegen zu sein. Die Aufgabe der Politik ist es, diese wieder zurückzuholen. Ein Arbeitsverhältnis solcher Art stellt eine gute Möglichkeit dar, diesem Personenkreis wieder ein gewisses Selbstwertgefühl zu geben. Er informiert, die Gemeinde Albisheim hat gute Erfahrungen mit diesem Personenkreis gemacht und konnte einen solchen Menschen in ein festes Arbeitsverhältnis übernehmen. Seiner Meinung nach können Gemeinden bei vakanten Stellen gewisser Art durchaus innerhalb dieses Personenkreises suchen.

Dieter Hartmüller (CDU) findet die Maßnahme hervorragend, denn dadurch werden die Ortsgemeinden erheblich entlastet - vor allem im Frühjahr, wenn sämtliche Hecken zurückzuschneiden sind. Er fragt an, ob gewisse Baumaßnahmen künftig durchgeführt werden können.

Hartwig Wolf betont, man kann nur dort tätig werden, wo es sich um gemeinnützige und zusätzliche Arbeiten handelt. Denn Konkurrenz zu den Handwerksbetrieben soll auf keinen Fall dadurch entstehen. Wenn allerdings ein Verein eine bauliche Maßnahme durchweg in Eigenleistung erbringt - hat die Beschäftigungsgesellschaft in der Vergangenheit durchaus geholfen. Auch im kirchlichen Bereich wurde dort unterstützt, wo ansonsten diese Instandsetzung nicht machbar wäre.

Dieter Hartmüller sieht dies genau so. Er klärt auf, dass in der Vergangenheit immer nur Maßnahmen durchgeführt wurden, die ohne die Hilfe der Beschäftigungsgesellschaft in finanzieller Hinsicht nicht umgesetzt werden könnten.

Luise Busch (SPD) merkt an, die angeregte Diskussion um dieses Thema zeigt, wie sinnvoll und wirkungsvoll die Maßnahme sei. Ihrer Meinung nach hat die Beschäftigungsgesellschaft nach 10 Jahren Erfahrung so viel Geschick und Sicherheit, sodass ihr diese Maßnahme durchaus zuzutrauen ist. Sie wird die Menschen sinnvoll und ordnungsgemäß einsetzen, ohne dass dadurch Konkurrenz zum Handwerk entsteht oder die Menschen überfordert werden. Luise Busch hat hierbei vollstes Vertrauen in die Beschäftigungsgesellschaft.

Adolf Kauth (FWG) möchte wissen, ob die Möglichkeit besteht innerhalb der Maßnahme Anreize zu geben, den Führerscheinerwerb anzugehen, was für den 1. Arbeitsmarkt erheblich von Vorteil wäre. Auch das Selbstwertgefühl könnte durch eine solche Aktion gesteigert werden.

Vor einigen Jahren konnte ein ähnliches Projekt bereits durchgeführt werden, das letztendlich am Jobcenter gescheitert ist, so Hartwig Wolf. Hierbei wurde mit dem sich bereit erklärten Personenkreis vereinbart, etwa für die Dauer eines Jahres monatlich einen gewissen Teil zurückzuhalten, um so finanzielle Mittel für den Führerscheinerwerb anzusparen. Der Unterricht kann sehr kompakt erfolgen, sodass dies im Rahmen der Zeit durchaus machbar wäre.

Für Bernd Frey (SPD) ist wichtig, dass die Menschen in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis stehen und hinterher nicht wieder ins Hartz IV abrutschen. Die VG Eisenberg würde gerne solche Maßnahmen mehr fördern bzw. unterstützen, wenn vom Arbeitsamt entsprechende Förderung in Aussicht gestellt werden würde.

Rita Beck (B90/Grüne) befürwortet das Projekt ebenfalls und möchte wissen, ob eine Förderung über ESF Deutschland in Frage käme. Dort gibt es die Möglichkeit Mobilitätshilfe für die Teilnehmer zu beantragen, was bedeutet, dass ein Teil der Kosten gefördert werden kann - in begründeten Einzelfällen auch Führerschein oder sogar Zuschuss zum Erwerb eines Fahrzeuges erfolgen kann.

Hartwig Wolf informiert, die Beschäftigungsgesellschaft führt derzeit ein Projekt durch, das über den ESF gefördert wird. Hierbei ist es wichtig, dass Personen vom Jobcenter für eine Dauer von 6 Monaten zugewiesen werden müssen. Im geplanten Projekt handelt es sich seines Wissens nach um Eingliederungsmittel, die das Jobcenter für die Bildung dieser sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse zur Verfügung stellt. Inwieweit hier eine zusätzliche Förderung über den ESF erfolgen kann, ist ihm nicht bekannt.

II. Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der vorgeschlagenen Beteiligung an dem Projekt für Langzeitarbeitslose in Zusammenarbeit mit der Gemeinnützigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH in Höhe von 30.000 € zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Landrat Werner übernimmt wieder den Vorsitz.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Umsetzung des Landesgesetzes zur Änderung kommunal- und dienstrechtlicher Vorschriften zur Entgegennahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen durch kommunale Wahlbeamte

I. Sachverhalt

Landrat Werner: Mit dem Landesgesetz zur Änderung kommunal- und dienstrechtlicher Vorschriften vom 21.12.2007, in Kraft getreten am 22.12.2007 wurden Bestimmungen zur Entgegennahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen durch kommunale Wahlbeamte getroffen. §§ 94 Abs. 3 GemO und 58 Abs. 3 LKO regeln die verwaltungs- und haushaltsmäßige Behandlung von Zuwendungen.

Hintergrund für diese Vorschrift ist, dass das strafrechtliche Risiko für kommunale Amtsträger reduziert werden soll, da ausdrücklich festgestellt wird, dass Gemeinden Spenden annehmen und für örtliche Zwecke vermitteln dürfen. Die Vorschrift gibt Eckpunkte für ein transparentes Verfahren im Umgang mit Spenden vor. Diese Vorschriften gelten über das Zweckverbands- gesetz und die GemO auch für Zweckverbände und öffentlich-rechtliche Anstalten.

§ 58 Abs. 3 atz 1 LKO sieht vor, dass die Landkreise zur Erfüllung ihrer Aufgaben Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen dürfen oder an Dritte vermitteln dürfen, die sich an der Erfüllung von Aufgaben beteiligen. Auch sich künftig wiederholende Spendenabläufe unterfallen vollumfänglich der gesetzlichen Neuregelung, da keine Ausnahmeregelung für jährlich wiederkehrende Spenden und Zuwendungen vorgesehen ist. Nach Änderung der GemHVO gelten die Verfahrens- und Zuständigkeitsregelungen für alle Spenden, die im Einzelfall die Wertgrenze von 100,00 € übersteigen.

Nach § 58 Abs. 3 Satz 5 LKO in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Nr. 1 a der Hauptsatzung entscheidet der Kreisausschuss über die Annahme oder Vermittlung.

Eine Übersicht über die in der Zeit vom 06.01.2014 bis 05.11.2014 eingegangenen Sponsoringleistungen, Spenden und ähnliche Zuwendungen ist beigefügt.“

II. Beschluss:

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises erteilt seine Zustimmung zur Annahme der in der Zeit vom 06.01.2014 – 05.11.2014 eingegangenen Spenden (siehe Liste) in Höhe von insge-

samt 5.191,89,- €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Landrat Werner dankt den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt um 16.10 Uhr die Sitzung des Kreisausschusses.

gez.

Vorsitzender
(Werner)

gez.

Schriftführerin
(Herbrandt)

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

ABSCHLUSS

Tag der Einladung: 04.12.2014

Tag der Sitzung: 16.12.2014

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 16.10 Uhr

Zahl der Mitglieder des Kreisausschusses 14

Zahl der anwesenden Mitglieder des Kreisausschusses 13

Zahl der abwesenden Mitglieder des Kreisausschusses 1

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführerin: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt